

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Renate Blank, Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Wilhelm Josef Sebastian, Dr. Wolf Bauer, Paul Breuer, Wolfgang Dehnel, Renate Diemers, Hansjürgen Doss, Georg Girisch, Hans Jochen Henke, Klaus Hofbauer, Dr. Gerd Müller, Günter Nooke, Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Werner Wittlich, Elke Wülfing, Dietrich Austermann, Otto Bernhardt, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Anke Eymer (Lübeck), Helmut Lamp, Michael von Schmude, Angelika Volquartz, Peter Kurt Würzbach, Klaus Brähmig, Birgit Schnieber-Jastram, Ulrich Adam, Ingrid Fischbach, Dr. Angela Merkel, Dr. Paul Krüger, Susanne Jaffke und der Fraktion der CDU/CSU

Unfallgefährdung durch Frontschutzbügel an Geländewagen

Geländewagen werden für den harten Prärieinsatz konzipiert. Im prärieelosen Deutschland jedoch werden sie vorwiegend in Städten bewegt. Hier hat die für den Geländeeinsatz konstruierte Panzerung einen höchst gefährlichen Effekt. Bei Unfällen führt die erhöhte Karosseriesteifheit und verminderte Knautschzone zu einem zusätzlichen Risiko für alle Unfallbeteiligten. Bei Unfällen ist das Verletzungsrisiko mit ungeschützten Verkehrsteilnehmern, Fußgängern wie Radfahrern, und darunter besonders Kindern, besorgniserregend erhöht.

Die Verletzungsschwere kann durch massive und scharfkantige Frontschutzbügel noch deutlich verstärkt werden. Diese so genannten Kuhfänger sind an schätzungsweise 60 % der Geländewagen angebracht. Gerade bei Kindern stellen sie durch die Erhöhung und Härtung der Aufprallfläche in Kopfhöhe ein besonderes, lebensgefährliches Risiko dar. Diese Gefahr ist in in- wie ausländischen Tests, etwa der Bundesanstalt für Straßenwesen, der DEKRA oder des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft, nachgewiesen und benannt worden. So wird die für Kinder oftmals tödliche Unfallwucht eines normalen PKW mit 40 km/h bei einem Geländewagen mit Frontschutzbügel bereits bei 20 km/h erreicht. Wegen ihrer Unvereinbarkeit mit modernen Sicherheitsstandards sind derartige Anbauteile daher in einigen Ländern wie Australien nicht oder, wie in der Schweiz, nur unter erheblichen Auflagen erlaubt.

Unabhängig davon haben Tests im Vereinigten Königreich ergeben, dass insbesondere nachgiebige Frontschutzbügel besonders verletzungsträchtige Fronten entschärfen können.

Da es sich keineswegs um eine vernachlässigbare Zahl von Unfallgeschädigten handelt, sondern Schätzungen für Deutschland bei steigender Nachfrage zur Zeit von ca. 1,4 Millionen Geländewagen bzw. 3 % Marktanteil an den Personenkraftwagen ausgehen, ergehen folgende Fragen an die Bundesregierung unter dem Aspekt, hier eine Lösung zu schaffen, die zu mehr aktiver wie passiver Sicherheit für Verkehrsteilnehmer führt:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Gefährdung ungeschützter Verkehrsteilnehmer, namentlich die von Kindern, durch Frontschutzbügel?
2. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um durch die Erstellung wissenschaftlicher Gutachten eine genaue Risikoanalyse zu erhalten?
3. Mit welchen Interessen- und Fachverbänden hat sich die Bundesregierung zu diesem Thema in Verbindung gesetzt?
4. Wie steht die Bundesregierung zur Haltung der Verbände?
5. Unbeschadet europäischer Initiativen, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, kurzfristig eine Verbesserung auf nationaler Ebene herbeizuführen?
6. Wie plant die Bundesregierung im Rahmen der EU eine beschleunigte Erweiterung bzw. Verschärfung der bestehenden Regelungen zu betreiben?
7. Welche Gespräche hat die Bundesregierung bereits mit Autoherstellern bzw. Zulieferern geführt, um auf diesem Wege zu einer Entschärfung der Unfallresultate zu kommen?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für ein generelles europäisches Verbot von Frontschutzbügeln?
9. Gibt es, ungeachtet vorgenannter Verbotsbemühungen, Berufsgruppen in Deutschland, bei denen ein berechtigtes Interesse an Frontschutzbügeln anerkannt wird?
10. Wann und mit welcher Tendenz wird die EU eine notwendige Richtlinie zum Schutz von Fußgängern erlassen?

Berlin, den 3. April 2001

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Dirk Fischer (Hamburg)

Eduard Oswald

Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Renate Blank

Georg Brunnhuber

Hubert Deitert

Peter Götz

Manfred Heise

Norbert Königshofen

Dr. Hermann Kues

Peter Letzgus

Eduard Lintner

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Dr. Michael Meister

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Norbert Otto (Erfurt)

Wilhelm Josef Sebastian

Dr. Wolf Bauer

Paul Breuer

Wolfgang Dehnel

Renate Diemers

Hansjürgen Doss

Georg Girisch

Hans Jochen Henke

Klaus Hofbauer

Dr. Gerd Müller

Günter Nooke

Hans-Peter Repnik

Heinz Schemken

Werner Wittlich

Elke Wülfing

Dietrich Austermann

Otto Bernhardt

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Anke Eymer (Lübeck)

Helmut Lamp

Michael von Schmude

Angelika Volquartz

Peter Kurt Würzbach

Klaus Brähmig

Birgit Schnieber-Jastram

Ulrich Adam

Ingrid Fischbach

Dr. Angela Merkel

Dr. Paul Krüger

Susanne Jaffke